

Hochschule München

Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften

Master Mental Health

Zwangssterilisationen und Krankentötungen von Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises Landsberg am Lech

Forced sterilisation and killing of sick inhabitants of the district
Landsberg am Lech

Masterarbeit zur Erlangung des Grades
Master of Mental Health (MMH)

Verfasserin: Isolde Wolf
Dipl. Sozialpädagogin (FH)

Inhalt: Teil 1

1. Einleitung

2. Die Rolle Landsbergs im Dritten Reich

- 2.1 Geographische und soziologische Daten zu Landsberg am Lech
 - 2.1.1. Gebiet des Landkreises Landsberg
 - 2.1.2. Bevölkerungsstruktur im Dritten Reich
- 2.2 Politische Strukturen in Landsberg im Dritten Reich
 - 2.2.1 Politische Ebenen
 - 2.2.2 Mandatsträger
- 2.3 Aufarbeitung der NS-Zeit in Landsberg

1. Einleitung

„Kern der Eugenetik ist die Sorge um eine gesunde Nachkommenschaft und die Hoffnung, man könne durch gezielte Beeinflussung der Fortpflanzung bessere Menschen züchten.“ (Vossen, 2001, S. 37) Dieses Ziel war – soweit es die negative Eugenetik betraf – bis zum Ersten Weltkrieg in Deutschland noch nicht mehrheitsfähig (vgl. Vellguth 2014, S. 38). Das Thema gewann aber zunehmend an Bedeutung. Bestrebungen, Sterilisationen und Abtreibungen aus eugenischen Gründen gesetzlich zu regeln, gab es schon vor der Machtübernahme 1933 durch die Nationalsozialisten. Im Jahr 1923 wurde der erste Lehrstuhl für Rassenhygiene in Deutschland an der Universität München eingerichtet. Die Zwangssterilisation von reichsweit etwa 400.000 Menschen erfolgte erst nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (GzVeN) am 1. Januar 1934. Die Folgen für die Opfer waren schwerwiegend *„Mindestens 5000 Frauen und etwa 600 Männer starben bei diesen Eingriffen.“* (Schmuhl: *„Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie“* 1992, S. 159 zitiert in Krischer 2006, S. 34) Viele Überlebende litten zeit ihres Lebens unter den körperlichen, seelischen und sozialen Folgen. Nur wenige Jahre später wurde begonnen, nicht nur die Krankheiten, sondern auch die Kranken auszurotten. Hiermit wurde eine Grenze überschritten, die sogar der Mitautor des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (GzVeN), Arthur Gütt, 1936 noch gezogen hatte: *„Natürlich darf die Bekämpfung dieser Auswüchse nicht so weit gehen, dem einzelnen Erbkranken überhaupt jede Lebensmöglichkeit zu nehmen. Es darf hier ausdrücklich hervorgehoben werden, daß auch der Nationalsozialismus die Vernichtung lebensunwerten Lebens, insonderheit bereits geborenen, unbedingt ablehnt.“* (Gütt in Gütt, Conti 1936, S. 173)

Doch bereits Ende 1939 wurde damit begonnen, mittels Meldebögen langjährige Anstaltsinsassen zu erfassen, die im Rahmen der sogenannten T4-Aktion getötet werden sollten. Noch bevor die systematische Massenvernichtung der Juden in den Gaskammern der Vernichtungslager begann, wurden etwa 70.000 kranke und behinderte Menschen in Tötungsanstalten vergast. Nach dem Ende der Vergasungen wurden die Krankentötungen in Heil- und Pflegeanstalten bis Kriegsende, teils auch darüber hinaus fortgesetzt. Insgesamt wurden vermutlich etwa 200.000 Menschen Opfer der sogenannten Euthanasie (vgl. Aly 2013, S. 15).

Als gebürtige Landsbergerin habe ich zunächst einmal ein persönliches Interesse an der Geschichte meiner Heimat. Als die Thematik der Eugenetik und Euthanasie im Studium behandelt wurde, wurde deutlich, dass ich niemals zuvor etwas darüber gehört hatte, ob und in welchem Umfang auch Landkreisbürger Opfer von Zwangssterilisationen und Krankentötungen waren. Während der eigenen Schulzeit fanden zwar Exkursionen ins KZ Dachau statt, eine Auseinandersetzung mit der Landsberger NS-Geschichte gab es damals kaum.

Vom eigentlichen Kriegsgeschehen, wie größeren Bombardements, blieb Landsberg verschont. Als Belastung wurden vor allem nach dem Krieg die Einquartierung von Heimatvertriebenen, die Übergriffe der französischen Besatzungssoldaten – vor allem auf die Frauen – und die DP-Lager gesehen. Der Landsberger Landrat Bernhard Müller-Hahl schrieb noch 1982 in seinem Landsberger Kreisheimatbuch, in dem den vielen Tausend KZ-Opfern keine zehn Zeilen von über 900 Seiten gewidmet wurden *„Wenn auch nur einige Gemeinden materielle Kriegsschäden, Bomben, Brandschatzungen und Plünderungen überkamen, so verblieb dem Kreis doch ein erhebliches Erbe der grausamen Zeit, so die vielen Barackenlager (11 für 40000 Personen) und Notunterkünfte der einstigen Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen, die meist noch belegt waren, die vielen begonnenen und halbfertigen Riesenbaustellen der Rüstung, die auch die gesamte Landschaft verunstalteten.“* (Müller-Hahl 1982, S. 111). Die vielen Tausend toten KZ-Häftlinge im Lagerkomplex Landsberg / Kaufring waren weitgehend vergessen oder verdrängt, bis sich die Bürgervereinigung Landsberg im 20. Jahrhundert intensiv des Themas annahm.

Zu den Zwangssterilisationen an Landsberger Bürgerinnen und Bürgern (künftig wird zur besseren Lesbarkeit die männliche Form gewählt) konnten keine Untersuchungen gefunden werden.

Auch zu den zentralen und dezentralen Tötungen von Landsberger Bürgern wurden bisher keine Untersuchungen gefunden. Es gibt mittlerweile einen guten Wissensstand über die Organisation der T4-Aktion. Viele verloren geglaubte Akten von Opfern wurden wiedergefunden und sind jetzt für wissenschaftliche Auswertungen zugänglich. Auch in den Heil- und Pflegeanstalten hat eine Aufarbeitung stattgefunden. Der Landkreis Landsberg liegt im Einzugsbereich der damaligen Heil und Pflegeanstalten Eglfing-Haar und Kaufbeuren-

Irsee – beides Anstalten, deren damalige Leiter Faltlhauser und Pfannmüller sowohl Zwangssterilisationen als auch die Tötung von Patienten propagiert und gefördert haben.

Diese Arbeit besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil untersucht die Zwangssterilisationen an Bürgern des Landkreises Landsberg. Es soll versucht werden, die Organisation und Umsetzung zu rekonstruieren und maßgeblich Beteiligte zu identifizieren. Es soll auch ein Überblick über die Anzahl und Struktur der Opfer gewonnen werden. Die gewonnenen Daten sollen mit Ergebnissen aus anderen Landkreisen verglichen werden. Einzelschicksale sollen exemplarisch aufgezeigt werden.

Maßnahmen, die zur Förderung erbgesunden Nachwuchses angelegt waren, (Ehestandsdarlehen) werden in dieser Arbeit nicht untersucht, da hier die Quellenlage für Landsberg extrem schlecht ist und eine Vertiefung den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde.

Im zweiten Teil der Arbeit soll untersucht werden, in welchem Umfang Bürger aus dem Landkreis Landsberg während der NS-Zeit Opfer von Krankentötungen wurden. Verlegungswege sollen nachgezeichnet und Einzelschicksale beleuchtet werden. Ausgewählte Täter sollen porträtiert werden.

Wenn in dieser Arbeit von Landsberger Bürgern gesprochen wird, sind darunter immer Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Landsberg am Lech zu verstehen. Es handelt sich um Personen, die entweder im Landkreis Landsberg lebten, oder aus dem Landkreis stammten, aber in einer auswärtigen Einrichtung untergebracht waren.

Kernziel der Arbeit ist zunächst, einen Beleg für Zwangssterilisationen und Krankentötungen von Landsberger Bürgern zu erbringen und das Ausmaß dieser Taten zu erheben. Viele Fragen, die im Zuge dieser Arbeit auftauchen, können erst an anderer Stelle beantwortet werden.

2. Die Rolle Landsbergs im Dritten Reich

Nach dem gescheiterten Hitlerputsch kam Adolf Hitler in Festungshaft in die Strafanstalt Landsberg, in der er „Mein Kampf“ schrieb. Bürgermeister Dr. Kraus hielt anlässlich der Pflanzung einer Erinnerungseiche eine Ansprache: „Landsberg wurde damals zur Stadt Hitlers und sie soll es auch fernhin bleiben. In Landsberg entstand Hitlers großes Werk Mein Kampf. Hier arbeitete er an der nationalen Einigung des Volkes“ (vgl. Deiler in Bürgervereinigung 2010, S. 24). Die Kleinstadt Landsberg, die weder touristisch übermäßig bedeutend war noch über eine nennenswerte Industrie verfügte, hatte im Nationalsozialismus stark an Bedeutung gewonnen. Die Besucherzahlen stiegen kontinuierlich und weite Teile der Bevölkerung profitierten vom Aufschwung der Stadt. Reichsjugendführer Baldur von Schirach bezeichnete schließlich Landsberg als den Wallfahrtsort der Deutschen Jugend. Ein Bekenntnismarsch sollte jährlich 10.000 Jugendliche nach Landsberg führen (vgl. Deiler in Bürgervereinigung 2010, S. 27 / 28).

Bei der Reichstagswahl am 6. November 1932 lag das Wahlergebnis der NSDAP im Bezirk Landsberg mit 18,4% deutlich unter dem Ergebnis der Stadt Landsberg mit 27,5% und diese wiederum unter dem bayerischen Ergebnis von 30,8% und dem reichsweiten Anteil von 33,1%. Bis zur Reichstagswahl am 5. März 1933 kam es hier zu einer bemerkenswerten Veränderung: Während das Ergebnis in Bayern und Reichsweit bei etwa 43% lag, hatte die NSDAP in der Stadt Landsberg 44,8% der Stimmen und im Bezirk 49% der Stimmen bekommen. (vgl. Deiler in Bürgervereinigung 2010, S. 15)

Der Landsberger Bürgermeister Dr. Ottmar Baur wurde am 5. März 1933 abgesetzt. Der daraufhin kommissarisch eingesetzte erste Bürgermeister von Landsberg, Dr. Georg Kraus, wurde zum 17. August 1933 von Dr. Ernst Schmidhuber ersetzt. (vgl. Deiler in Bürgervereinigung 2010, S. 17) Schmidhuber „stellte sich als Führer der Stadt vor, der kein eigenes Programm benötige, weil er das tun werde, was sein Führer Adolf Hitler wolle.“ (Filser in Dotterweich, Filser 2010, S. 204) Er wurde von Dr. Karl Linn abgelöst, der von 1937 bis 1945 erster Bürgermeister war. In seiner Amtszeit wurden die Landsberger Juden aus der Stadt gewiesen. Am 10. November 1938 galt Landsberg als „judenrein“.

Im Landkreis Landsberg entstanden während der NS-Zeit elf Außenlager des KZ Dachau. Es wurden Rüstungsbetriebe errichtet und mit dem Bau von drei halbunterirdischen Bunkeranlagen (Weingut II, Diana und Walnuss) begonnen. In diesen sollten später 90.000 Facharbeiter für die Untertagefertigung von Luftrüstung eingesetzt werden. Die KZ-Häftlinge waren in Feldbaracken (Erdhütten genannt) oder Tonröhrenbaracken untergebracht. *„Wenn man von den Lebensbedingungen ausgeht, waren die 11 Lager in der Umgebung von Kaufering und Landsberg in Bezug auf die Unmenschlichkeiten, des Hungers und der Krankheiten die Schlimmsten heißt es unter anderem im Untersuchungsbericht der Kriegsverbrecher-Untersuchungskommission 6823 der 7. US Armee“* (Deiler 1993, S.30) 20.957 Häftlinge starben.¹ Der Bunker in der Welfenkaserne bei Igling wird heute von der Bundeswehr genutzt. Nahe Landsberg sind noch die Reste von Tonröhrenbaracken erhalten, in denen die Häftlinge vor Kälte kaum geschützt waren. Neben den vielen KZ-Friedhöfen (in der Regel Orte, an denen eine unbekannte Zahl von Opfern in Massengräbern verscharrt wurde) erinnern noch die von den KZ-Häftlingen errichteten Industrieruinen an die Vergangenheit.

Die Existenz der KZ-Außenlager war zum damaligen Zeitpunkt sicherlich einem Großteil der Bevölkerung bekannt. Die Häftlinge waren nicht nur bei den Großbaustellen und in den Rüstungsbetrieben, sondern z.B. auch beim Errichten von Telefonmasten eingesetzt. (vgl. Ben-Dor 2000, S. 121) Laut Auskunft des Präsidenten der Europäischen Holocaustgedenkstätte Stiftung, Herrn Deiler, wurden die Häftlinge auch von Gastwirtschaften oder in der Landwirtschaft eingesetzt und gehörten mit zum Stadtbild. Ein Zeitzeuge berichtete auch von einer Begegnung mit polnischen Gefangenen im Krankenhaus Landsberg.

In den Dörfern wurden flächendeckend Fremdarbeiter eingesetzt. In der Spruchkammerakte des Verwaltungsinspektors Wohlgeschaffen findet sich eine Aufstellung über die Zahl der Fremdarbeiter, die in den jeweiligen Dörfern eingesetzt wurden. Sein Sohn hatte – um seinen Vater im Spruchkammerverfahren zu entlasten – bei jedem einzelnen Bürgermeister eine Bestätigung angefordert, welche die Zahl der Fremdarbeiter enthielt und die Aussage, dass es

¹ Laut einer Auswertung von Gerhard Roletschek von 2013 veröffentlicht unter <http://www.landsberger-zeitgeschichte.de/Geschichte/geschichte/letzterweg.htm>

zu keinen Übergriffen gegen diese gekommen sei. (Staatsarchiv München SpkA K 3174: Wohlgeschaffen)

Nach dem Ende des Dritten Reiches spielte Landsberg noch einmal eine wichtige Rolle. Im Landsberger Gefängnis – dem WCPL Nr. 1, waren viele Kriegsverbrecher inhaftiert. Dort wurden schließlich auch 284 Kriegsverbrecher hingerichtet, darunter der ehemalige Kommandant des KZ-Dachau, Martin Weiss. Auch Hitlers Leibarzt, Prof. Karl Brandt, der neben dem Reichsleiter Bouhler für die Tötung von über 70.000 Personen im Rahmen der sogenannten T4-Aktion verantwortlich war, wurde in Landsberg am 2. Juni 1948 hingerichtet. Auf dem bereits bestehenden Spöttinger Friedhof beim Gefängnis wurden viele Kriegsverbrecher, aber auch Opfer des Nationalsozialismus, beerdigt. Aus der Landsberger Bevölkerung kam es zur Solidarisierung mit den Kriegsverbrechern und sogar zu einer Protestkundgebung gegen die Vollstreckung der Todesstrafe auf dem Landsberger Hauptplatz, an der 3.000 bis 4.000 Menschen teilnahmen (vgl. Strassas in Bürgervereinigung 1993 S.13).

2.1 Geographische und soziologische Daten zu Landsberg am Lech

2.1.1. Gebiet des Landkreises Landsberg

Der Landkreis Landsberg liegt in Bayern – Regierungsbezirk Oberbayern. Landsberg ist etwa 60 km von München und etwa 40 km von Augsburg entfernt. Er umfasst heute ein Gebiet von etwa 80.000 km² und hat heute über 113.000 Einwohner. Im Jahr 1935 lebten im Landkreis noch etwas mehr als 45.000 Personen.

(<https://www.statistik.bayern.de/statistikkommunal/09181.pdf>)

Bis 1877 war Landsberg kreisunmittelbare Stadt und wurde erst im April 1940 in den Landkreis eingegliedert. Dies wurde 1948 wieder rückgängig gemacht.

Das Gebiet des Landkreises Landsberg hat sich durch die Gebietsreform von 1972 verändert. Aus dem Landkreis Kaufbeuren kamen die Gemeinden Asch, Denklingen, Dienhausen,

Ellighofen, Leeder, Oberdießen, Seestall und Unterdießen dazu, aus dem Landkreis Schongau die Gemeinden Apfeldorf, Epfach, Kinsau und Reichling sowie vom Landkreis Fürstenfeldbruck die Gemeinden Geltendorf und Hausen (vgl. Müller-Hahl 1982, S. 345 / 346). Landsberg bekam den Status „Große Kreisstadt“.

Diese Arbeit bezieht sich grundsätzlich auf das heutige Landkreisgebiet. Bei der Beschreibung der Verwaltung beschränkt sich die Auswertung jedoch auf das damalige Landkreisgebiet, da es den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, alle beteiligten Bezirksämter einzeln auszuwerten. Eine Übersichtskarte des Landkreises Landsberg befindet sich im Anhang Seite (A1)

2.1.2 Bevölkerungsstruktur im Dritten Reich

Von den 45.000 Bewohnern, die der Landkreis Landsberg 1939 hatte, waren knapp 16.000 in der Land- und Fortwirtschaft, 8.000 in Industrie und Handwerk, 3.000 im Handel, 5.000 im Öffentlichen Dienst und privaten Dienstleistungen und 700 in häuslichen Diensten tätig. Es gab fast 4.000 landwirtschaftliche Betriebe, in denen knapp 12.000 Arbeitskräfte beschäftigt waren. In etwa 2.000 Gewerbebetrieben arbeiteten dagegen nur etwas mehr als 7.000 Personen. Hierbei ist das Stadt-Land-Gefälle zu berücksichtigen. In der Stadt Landsberg waren mit knapp 600 Beschäftigten in der Landwirtschaft nur relativ wenige Personen in diesem Sektor tätig. Dazu kam es im Dorf Penzing durch den Bau des Fliegerhorstes und dem daraus folgenden Zuzug von Soldaten zu einer Verschiebung der Bevölkerungsstruktur.

Hinsichtlich ihrer sozialen Stellung waren unter den Erwerbspersonen (insgesamt etwa 22.000) 4.478 Selbstständige (in dieser Zahl sind die Land- und Forstwirte – insgesamt 3.844 Personen – enthalten), 6.800 mithelfende Familienangehörige, 1.500 Beamte, 1.500 Angestellte und 6.850 Arbeiter. (Bayerisches Statistisches Landesamt 1942, S. 74-83)

Dies bedeutet, dass auf den Dörfern der Großteil der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeitete. Das Bildungsniveau ist eher niedrig anzusetzen. Höhere Schulen waren für die Bauernkinder auf den Dörfern schon aufgrund der Entfernung kaum erreichbar. Viele Opfer der Zwangssterilisationen sagten im Verfahren aus, sie hätten schon in früher Kindheit sehr

viel arbeiten müssen und deshalb in der Schule versagt. Die Bevölkerung war überwiegend katholisch.

2.2 Politische Strukturen in Landsberg im Dritten Reich

2.2.1 Politische Ebenen

Einige Begrifflichkeiten haben sich im Laufe der Jahre verändert. Die frühere Bezeichnung für Landkreis war Bezirksamt. Die Umbenennung von Bezirksamt in Landkreis erfolgte durch die Nationalsozialisten 1939. Ein Teil der Akten des damaligen Bezirksamtes wurde vom späteren Landratsamt Landsberg an das Staatsarchiv abgegeben. Die nächsthöhere Verwaltungsebene hieß Kreis, darüber Gau. Landsberg am Lech gehörte zum Gau München-Oberbayern. Die Länder spielten im Dritten Reich kaum noch eine Rolle, sie behielten *„zwar noch ein gewisses Gesetzgebungsrecht für einfache Gesetze, aber diese Gesetze dürfen nur mit Zustimmung des zuständigen Reichsministers erlassen werden“* (Conti in Gütt / Conti 1936, S. 12) Mit dem Gesetz über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 wurden auch die Volksvertretungen der Länder aufgehoben und die Hoheitsrechte gingen auf das Reich über. (vgl. Conti in Gütt, Conti 1936, S. 11) Die Gemeinden durften Aufgabengebiete wie die Selbstverwaltung und die Auftragsverwaltung ebenso behalten wie das Recht, ihre eigenen Angelegenheiten durch Satzungen zu regeln. (Conti in Gütt / Conti 1936, S. 12). Die Bürgermeister wurden nicht mehr frei gewählt. Stattdessen schlug die NSDAP der Aufsichtsbehörde drei Bewerber vor. Die Aufsichtsbehörde bestimmte schließlich einen Bürgermeister, der incl. Probejahr zwölf Jahre im Amt war. Die Gemeinderäte und Beigeordneten hatten nur noch beratende Funktion. (vgl. Conti in Gütt / Conti 1936, S. 14)

2.2.2 Mandatsträger

Hermann Loew, geboren Am 5. Juli 1882 in Zweibrücken, war ab 1932 Bezirksoberramtman, ab 1938 Landrat im Landkreis Landsberg. Er starb 1944. (vgl. Müller-Hahl 1982, S. 110) Von 1943 bis 1944 wurde das Amt kommissarisch von Ludwig Thoma, Landrat in Schongau, verwest, ab 1944 von Dr. Wilhelm Moos. (vgl. Müller-Hahl 1982, S. 110). Dr. Moos war

zuvor Landrat in Wasserburg. Der Gaupersonalamtsleiter beurteilte ihn im Januar 1942 folgendermaßen: „*Dr. Moos hat sich während seiner Amtsführung sowohl in Schongau, als auch in Wasserburg besonders bewährt. Er hat gezeigt, daß er in seinem Amt mit der notwendigen Durchschlagskraft arbeitet und auch der Partei und ihren Ämtern als aufrechter und einsatzbereiter Nationalsozialist gegenüber steht.*“ (Bundesarchiv Berlin PK I0130 Blatt 1362)

In der Stadt Landsberg war von 1933 bis 1937 Dr. Ernst Schmidhuber und von 1937 bis 1945 Dr. Karl Linn erster Bürgermeister.

Neben der politischen Führung spielte der Kreisleiter eine wichtige Rolle. Ein Kreisleiter war keine durch Wahlen legitimierte Person, sondern ein Parteifunktionär. 1933 wurde Dr. Herrmann Gmelin zum Kreisleiter des Bezirks Landsberg ernannt. Nachdem dieser tödlich verunglückt war, trat Joachim von Moltke seine Nachfolge an. Er war überzeugter Nationalsozialist und hatte die Mitgliedsnummer 3438. (vgl. Filser in Filser / Dotterweich 2010 S. 209) Von Moltke war bereits 1929 in Schondorf zur Vorbereitung der Gründung der Ortsgruppe aktiv. 1941 erhielt er zum 50. Geburtstag von Bürgermeister Dr. Linn die Ehrenbürgerurkunde von Landsberg (Bundesarchiv PK I0127) Von Moltke war aber nicht nur Kreisleiter, sondern auch Gaurichter. Ab 1. Dezember 1942 war er Mitglied des Reichstages, weshalb ihm zu diesem Zeitpunkt seine Dienstaufwandsentschädigung entzogen wurde. (Bundesarchiv Berlin PK I0127)

Die Kreisleitung war anfangs in der Salzgasse 132, später im ehemaligen Schulhaus bei Maria Himmelfahrt untergebracht. Ab 1938 bezog sie Räume im neu gebauten Lech Haus.

Über dem Kreisleiter stand der Gauleiter. Der Gauleiter des Gaus München-Oberbayern, zu dem auch Landsberg gehörte, war bis 1944 Adolf Wagner. (Hoser in Dotterweich / Filser 2010, S. 100) Sein Nachfolger war Paul Giesler.

Hierarchisch unter dem Kreisleiter stand der Ortsgruppenleiter. In Landsberg war dies der gebürtige Kemptener Wilhelm Nieberle, der erster Beigeordneter des ersten Bürgermeisters war. Seit Juni 1931 war er NSDAP-Mitglied, ab April 1933 auch in der SA. (Bundesarchiv Berlin PK 10301) Für diese war er auch als Kreisredner tätig. Ab 31. Januar 1933 war er Ortsgruppenleiter. In vier dünnen Akten des Stadtarchivs Landsberg zu den Zwangssterilisationen findet sich auch Schriftverkehr von ihm. Er war an der Organisation zur Durchführung (z.B. Transport in die chirurgische Klinik in München) beteiligt.

2.3 Aufarbeitung der NS-Zeit in Landsberg

Eine zentrale Rolle bei der Aufarbeitung der NS-Zeit in Landsberg spielt die 1983 gegründete Bürgervereinigung „Landsberg im 20. Jahrhundert e.V.“, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, nicht nur die Reste der Konzentrationslager zu erhalten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, sondern auch aktive Geschichtsforschung zu betreiben, KZ-Überlebende und Angehörige der KZ-Opfer bei ihren Nachforschungen zu unterstützen und durch ihre Öffentlichkeitsarbeit die verdrängte Geschichte immer wieder ins Bewusstsein der Bevölkerung zu rufen. Auf ihrer Homepage (<http://www.buergervereinigung-landsberg.de/presse/buergervereinigung/chronik.htm>) berichtet die Bürgerinitiative von „*Anfeindungen, Ausgrenzungen, Intrigen und Bedrohungen*“ Dies hat sich laut Herrn Deiler von der Europäischen Holocaustgedenkstätte Stiftung aber grundlegend verändert. Es gibt mittlerweile mehrere Publikationen zum Themenkomplex „Landsberg in der NS-Zeit“. Der Bürgerinitiative ist auch die Errichtung der europäischen Holocaustgedenkstätte bei Landsberg zu verdanken. Die Stiftung Bayerische Gedenkstätten übernimmt die Kosten einer Machbarkeitsstudie zur Errichtung eines Dokumentationszentrums am ehemaligen KZ-Lager Kaufering VII. Auch die Bundesrepublik, der Freistaat Bayern, die Deutsche Stiftung Denkmalschutz, der Bezirk Oberbayern und die Bayerische Landesstiftung unterstützen den Erhalt der historischen Denkmäler.

Alle Hintergrunddaten für die Statistiken und Auswertungen, die dazugehörigen Quellen und Archivalien, die Namenslisten der Opfer der Zwangssterilisationen und der Opfer der Krankentötungen, sowie die Masterarbeit selbst wurden von Frau Isolde Wolf am 19. November 2020 mit allen Rechten an die Europäische Holocaustgedenkstätte Stiftung (EHS) übertragen und können von der EHS unter Beachtung der Archivordnungen und der Datenschutzrichtlinien für Dritte zugänglich gemacht werden.

Unsere Kontaktdaten: e-mail: EuropaeischeHolocaustgedenkstaette@gmx.de